

Gemeinsame Erklärung „Demokratie braucht Demokratinnen und Demokraten“

Die Parteispitzen von SPD, CDU, Bündnis 90 / Die Grünen und FDP in Krefeld haben sich bei einem Treffen eingehend mit dem vom nordrhein-westfälischen Landtag gefassten Beschluss "Demokratie braucht Demokratinnen und Demokraten! Wehrhafte Demokratie mit Leben füllen" (Drucksache 17/3581) auseinandergesetzt.

In Anlehnung an diesen Beschluss erklären die Krefelder Parteien:

Die Demokratie ist die Lebensform der Freiheit. Unser Grundgesetz schützt die Menschenrechte aller Menschen in Deutschland. Die Achtung der Würde des Menschen, die freie Entfaltung der Persönlichkeit, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit und Schutz vor Diskriminierung bilden den Ausgangspunkt für unser demokratisches Rechtssystem. Die Demokratie ist auch die Form des politischen Streits nach den Regeln der Fairness. Niemand hat das Recht, die Umsetzung demokratischer Entscheidungen, die nach den Regeln unserer Verfassung getroffen wurden, durch Hasskampagnen oder Gewalt zu verhindern. Niemand hat das Recht, das Gewaltmonopol des Staates zu unterminieren oder die Rechtsprechung unabhängiger Gerichte durch Selbstjustiz zu ersetzen. Wer diese Regeln und Prinzipien verletzt und infrage stellt, stellt unser gesamtes demokratisches Rechtssystem infrage.

Darüber hinaus betonen die Parteien in Krefeld:

Es scheint notwendiger denn je, wirksame präventive und repressive Maßnahmen im Kampf gegen jegliche Formen des Extremismus, Rassismus und Antisemitismus spürbar und erlebbar für die Menschen umzusetzen. Eine wehrhafte Demokratie braucht Demokratinnen und Demokraten. Wir danken für das zivilgesellschaftliche Engagement und für die gelebte Mitmenschlichkeit, die die Stärke unserer freiheitlichen Gesellschaft tagtäglich unter Beweis stellen. Aber eine wehrhafte Demokratie braucht auch einen starken Staat, der Bürgerinnen und Bürger und all diejenigen, die sich täglich – auch in unseren staatlichen Institutionen – für den Erhalt des Rechtsstaates einsetzen, vor Hass und teilweise sogar Gewalt schützt und ihr Engagement wertschätzt und unterstützt.

Wir fordern alle demokratischen Kräfte auf, für unsere offene und freiheitliche Gesellschaft einzustehen und mit Besonnenheit und rechtsstaatlicher Entschlossenheit zu handeln. Als Krefelder Parteien distanzieren wir uns ausnahmslos von allen, die Gewalt gegenüber anderen Menschen ausüben, zu ihr aufrufen, sie stillschweigend tolerieren oder in irgendeiner Form unterstützen. In unserer Stadt ist kein Platz für rechten, linken oder religiösen Extremismus oder Populismus, Antisemitismus, Rassismus, Fanatismus, Homophobie, Diskriminierung und Intoleranz. Solchen Einstellungen und Verhaltensweisen, ganz gleich ob aus politischer oder religiöser Motivation heraus, treten wir klar und entschieden entgegen – mit Worten und Taten.

für die SPD:

Ralph-Harry Klaer

für die CDU:

Marc Blondin MdL

für Bündnis 90/Die Grünen:

Karsten Ludwig

für die FDP:

Joachim C. Heitmann